



seit 1558

Studierendenrat der FSU Jena · Carl-Zeiss-Straße 3 · 07743 Jena

Verlaufsprotokoll der Studierendenratssitzung am 17.04.2012

Studierendenrat

Vorstand

Carl-Zeiss-Straße 3
07743 Jena

Christopher Johne
Felix Quittek
Johannes Struzek

Telefon: 0 36 41 · 93 09 98
Telefax: 0 36 41 · 93 09 92
vorstand@stura.uni-jena.de

- anwesende MdStuRa:** Clemens Beck, Kai Bekos, Stephanie Borck, Alexander Goebel, Christopher Johne, Lisa Karstädt, Marcus Müller, Daniel Münch, Felix Quittek, Benjamin Rößner, Cindy Salzwedel, Madlen Schwarzenberger, Anna Selle, Johannes Struzek, Carola Wlodarski-Şimşek, Kerstin Zimmermann
- entschuldigt:** Peter Held, Anika Rehe, Konstantin Reißmann, Julian Volk
- ruhendes Mandat:** Amina Arabi, Rafael De Cia, Jakob Horn, Jonas Johne, Sven Peter, Jan Stübner, Alexander Ziehe
- unentschuldigt:** Richard Melzer, Lena Aylin Pooyeh, Julius Rohn, Sebastian Walter
- beratende Mitglieder:** Marcel Eilenstein, Mike Niederstraßer, Diana Peuker
- Gäste:** Belma Avcu, Matthias Gothe, Tobias Krone, Martin Michel, Hauke Rehr, Felix Tasch, Robert Wagner
- Sitzungsleitung:** Daniel Münch, Felix Quittek
- Protokollantinnen:** Frances Karlen, Julia Langhammer

Die Sitzungsleitung eröffnet die Sitzung um 18:16 Uhr.

Protokollierung durch Frances Karlen

TOP 1 1. Lesung: Satzungsänderung Ämter zur Hälfte mit Frauen besetzen (Mike Niederstraßer)

Mike Niederstraßer:

Er erklärt, dass die Diskussion um die Frauenquote im Gremium schon oft geführt wurde. Der StuRa hat einen gleichstellungspolitischen Anspruch und es ist die Frage, wie dieser in die Tat umgesetzt werden kann. Deshalb möchte er einen neuen Absatz in die Satzung einfügen, welche eine 50-Prozent-Quotierung verbindlich regelt. Es geht um eine Reihe von Wahlämtern, Delegation und vor allem um die bezahlten Stellen im StuRa. Er würde sich über die Unterstützung seines Antrages freuen, es geht um eine Selbstverpflichtung.

Clemens Beck:

Er denkt, dass es schwierig ist, die 50-Prozent-Quotierung im Verwaltungsrat durchzusetzen, da wir nur Vorschläge an die KTS machen. Er möchte wissen, was passiert, wenn nicht genug Bewerberinnen da sind. Er hält es für sinnvoll, für solche Fälle auch mehr Männer wählen zu können.

Mike Niederstraßer:

Er meint, dass man für den Verwaltungsrat eine quotierte Liste erstellen kann. Er ist gegen die Rückfallregelung im Bedarfsfall auch mehr Männer wählen zu können, denn so habe man immer eine Ausrede.

Julia Langhammer:

Sie findet es problematisch, alle Stellen gleich zu behandeln. Gerade bezahlten Stellen haben ist eine gewisse Hierarchie inhärent. Daher möchte sie eine Fokussierung auf die bezahlte Stellen.

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass die Regelung bedeutet, dass bei drei zu vergebenden Stellen mindestens zwei Frauen zu wählen sind. Für solche ungeradzahigen Stellen möchte er eine (P-1)/2-Regelung.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Aus ihrer Sicht gibt es keinen Grund die Regelung nicht auch auf die nicht-bezahlten Stellen zu anzuwenden. Den Vorschlag von Johannes Struzek möchte sie ablehnen, da so immer wieder eine Mehrheit an Männern gewählt werden kann.

Johannes Struzek:

Er berichtigt, dass sein Vorschlag nicht bedeutet, dass eine Stelle männlich besetzt wird. Wir erhalten so nur die Option im Falle von fehlenden Bewerberinnen auch Männer zu wählen. Alles andere ist eine unnötige bürokratische Hürde, die uns unflexibel macht.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie befürwortet diese bürokratische Hürde, denn der Frauenanteil ist immer extrem gering. Durch die Regelung müssen wir uns Gedanken machen, warum so wenige Frauen mitarbeiten, obwohl an der Uni mehr Frauen als Männer sind. Es ist eine Herausforderung und ein Anspruch auf Verbesserung unsere Strukturen.

Kai Bekos:

Er denkt auch, dass die Quotierung ausschließlich auf bezahlte Stellen angewendet werden sollte. Aus seiner Sicht bedeutet die Quote, dass Frauen für Mehrfachpositionen verheizt und bedrängt werden, Positionen anzunehmen, obwohl sie das nicht wollen. Er fragt nach dem Passus, dass die Fachschaften diese Regelungen in ihre Satzungen übernehmen sollen. Er war der Ansicht, dass Fachschaften nur Ordnungen haben dürfen.

Mike Niederstraßer:

Er gibt Kai Bekos recht und erklärt, dass im Antragstext „Ordnung“ stehen muss.

Lisa Karstädt:

Sie erinnert an die Suche nach einem weiblichen Vorstandsmitglied. Sie versteht nicht, warum wir uns dieses Problem auflasten sollten. Auch für die FSR findet es problematisch.

Christopher Johne:

Er meint, dass in den FSR selten Doppelstrukturen bestehen, daher geht die Regelung dort nicht. Er befürwortet Johannes Struzeks Vorschlag.

Anna Selle:

Sie möchte wissen, was mit dem Antrag bezweckt wird und warum er jetzt gestellt wird.

Mike Niederstraßer:

Er erklärt, dass der Anlass die Ausschreibung von Referatsposten und anderen Stellen im StuRa waren, wo sich wieder sehr wenige Frauen beworben haben. Die Regelung soll dazu dienen, dass von vorn herein mehr Frauen angesprochen und für den StuRa interessiert werden sollen. Als unmittelbarer Anlass für den Antrag diene der Frauentag, denn bisher reichen unsere Regelungen nicht aus und daher war es ein guter Zeitpunkt den Antrag endlich einzureichen. Johannes Struzeks Regelung führt zu einer 33-Prozent-Quote und das erfüllt nicht den Sinn seines Antrags. Für ihn ist eindeutig, dass wir mehr tun müssen als bisher.

Julia Langhammer:

Für sie stellen die bezahlten Stellen das Hauptproblem dar, denn von neun Stellen sind nur zwei weiblich besetzt. In den Referaten ist die Besetzung relativ ausgeglichen.

Alexander Goebel:

Er meint, dass in den FSR meistens keine ausgeglichene Geschlechterverteilung herrscht. In der Psychologie gibt es beispielsweise 77 Prozent Frauen. Daher ist er gegen eine 50-Prozent-Quotierung in den Fachschaften.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie will die Quote für alle Ämter und Stellen, denn das wäre konsequenter. Die Konsequenzen, die hier heraufbeschworen werden, findet sie seltsam. Es geht nicht darum, dass man Leute zwingt Ämter anzunehmen oder zu verheizen. Es geht darum, dass die Stellen so gestaltet werden, dass sie auch für Frauen attraktiv sind.

Marcus Müller:

Er möchte wissen, wer das Geschlecht eines/r BewerberIn definiert.

Mike Niederstraßer:

Er erklärt, dass die Geschlechter durch die allgemeine Rechtsordnung vorgegeben werden, es wäre jedoch auch ein Mehrstufenmodell hin zu einem Postgenderansatz denkbar.

Lisa Karstädt:

Auch sie findet es problematisch, wenn Frauen sich nicht so passend für Ämter wie Männer finden. Aber sie denkt, dass eine Quote da keine Abhilfe schafft und daher ist sie dagegen. Sie würde nur mit Julia Langhammers Vorschlag mitgehen, die bezahlten Stellen einer Quotierung zu unterwerfen.

Felix Quittek:

Er sieht das Problem nicht darin, dass wir zu viele Männer haben, sondern ein zu männlich-dominanter Umgangston vorherrscht. Er spricht sich daher dafür aus, dass ein rücksichtsvoller und weniger männlich-dominanter Diskurs eingeführt wird. Man sollte an der Kommunikation arbeiten.

Cindy Salzwedel:

Sie gibt Felix Quittek Recht, dass im Gremium ein männlich-dominanter Umgangston herrscht und dieser eingedämmt werden sollte. Allerdings schließt die eine Maßnahme die andere nicht aus. Sie ist außerdem der Ansicht, dass bürokratische Hürden da sind, um sich mit einem Problem auseinandersetzen und die Stellen zu verändern, damit sie auch für Frauen attraktiv sind. Neben den monetären Vorteilen, die einige Stellen bieten, geht es auch um informelle Vorteile wie Macht, Vernetzung und Teilhabe. Daher sollten auch die nicht-bezahlten Stellen quotiert werden. Sie erklärt, dass wir häufiger darüber sprechen Stellen attraktiver zu machen, es aber dann nicht umsetzen. Durch die Regelung soll das geändert werden. Manchmal ist eine gewisse bürokratische Druckmittel Notwendigkeit. Es muss für die Zukunft ein Pool von Frauen aufgestellt werden, so dass man unter vielen Bewerberinnen nach Kompetenz entscheiden kann.

Christopher Johne:

Er erklärt, dass die bemängelten Ausschreibungen ausgetauscht und korrigiert wurden. Die Frage, ob die Regelung auch in den FSR Anwendung finden soll, möchte er hinten anstellen. Er ist der Überzeugung, dass eine solche Quotierung zwangsläufig zu Neuwahlen führen würde, da wir schon in diesem Jahr keine Frau für den Vorstand gefunden haben, es ist also noch schwieriger, immer zwei Frauen dafür zu finden.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie hat festgestellt, dass wir immer erst dann nach Lösungen suchen, wenn das Problem bereits da ist. Der kommunikative Ansatz von Felix Quittek ist gut. Dennoch fällt uns jedes Jahr wieder auf, dass der Frauenanteil sehr niedrig ist und jedes Jahr wieder wird diskutiert, wo das Problem herkommt und immer kommen die gleichen Ausreden, wenn es um konkrete Verbesserungen geht. Es kann doch nicht sein, dass 50 Prozent der Gesellschaft hinten runter fallen gelassen werden. Es ist Arbeit den Beschluss umzusetzen, aber wenn es funktioniert, dann ist das ein Zeichen. Wir müssen das Thema bekannt machen und uns selber befragen. Der StuRa ist sehr männlich repräsentiert und das wirkt sich nachhaltig negativ aus.

Clemens Beck:

Er denkt, dass es Ämter gibt, die nicht quotiert besetzt werden können. Er denkt da zum Beispiel an Delegationen und verweist auf Mike Niederstraßer. Er wirft die Frage auf, wer den bei dem Pensum von Mike Niederstraßer mithalten soll. Anschließend verweist er auf den RCDS, welcher auch ohne eine feste Quote einen soliden Frauenanteil erreicht.

Johannes Struzek:

Er stellt einen **GO-Antrag auf Schließung der Redeliste**.
Es gibt keine Gegenrede, damit ist der GO-Antrag **angenommen**.

Cindy Salzwedel:

Sie erklärt, dass es nicht darum geht, dass eine Frau in eine Position oder ein Amt gehoben wird. Es soll ein Pool an Frauen in einer Größe generiert werden, wie er bei den Männern besteht. Dafür ist ein gutes Arbeitsklima notwendig, wenn man einen ausgeglichenen Geschlechteranteil haben will. Ohne gutes Arbeitsklima ziehen sich vor allem Frauen zurück. Das Problem haben wir hier in unseren ersten Debatten schon aufgeworfen. Es muss auch nach außen gezeigt werden, dass Frauen im StuRa willkommen sind und hier auch einen Posten erhalten können. Eigentlich wissen wir alle, dass wir irgendwas tun müssen. Aber die wenigsten übersetzen dieses Wissen in aktives Handeln.

Mike Niederstraßer:

Er möchte auf die Frage eingehen, wie die Quotierung einzuordnen ist. Die Quote löst ein Problem nicht, sondern sie erinnert uns daran, dass Aktionen notwendig sind, ebenso wie eine Bewusstseinsänderung, um das Problem zu lösen. Es muss das Klima für eine Partizipation hergestellt werden. Man kann Ämter arbeitsteilig gestalten, um eine Quotierung zu ermöglichen. Auch der Wahlmodus ist bisher nicht ausreichend, um eine Gleichbehandlung zu erfüllen. Die Frage nach dem männlich-dominanten Redeverhalten ist richtig, aber resultiert eben aus der Überrepräsentation von Männern. Delegation können auch wechselnd sein. Das grundlegende Problem löst sich nicht von alleine.

Felix Quittek:

Er denkt, dass auch eine 33-Prozent-Quotierung ausreichend ist. Deshalb würde er einen Änderungsantrag in der nächsten Sitzung stellen.

Cindy Salzwedel:

Sie will keine Maßnahmen von außen abwarten, denn die gesetzlichen Maßgaben sind schon da. Wir warten, dass uns von außen Sachen zugetragen werden. Wir müssen selbst aktiv werden.

Die Redeliste ist leer. Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.

Johannes Struzek:

Er stellt einen **GO-Antrag, TOP 3 als nächstes** zu behandeln, denn es sind Gäste anwesend.

Cindy Salzwedel:

Sie formuliert eine **Gegenrede**, sie möchte die Tagesordnung einhalten.

Abstimmung GO-Antrag: 6 / 0 / 7 – angenommen

TOP 3 FA-006-2012: Filmfestival Cellu l'art (Robert Wagner)

Robert Wagner:

Er kommt vom Kurzfilmfestival Cellu l'art, welches dieses Jahr zum 13. Mal stattfinden soll. Das Publikum ist größtenteils studentisch und in Jena ist es schon stark etabliert.

Mike Niederstraßer:

Er fragt, ob den Veranstaltern des Kurzfilmfestivals die Förderungsbedingungen des StuRa bekannt sind. Er will wissen, ob der Name des StuRa genannt wird und die Umweltrichtlinien eingehalten werden.

Robert Wagner:

Er erklärt, dass er zu den Drucken nichts sagen kann, da die Druckerei kurzfristig gewechselt werden musste. Der ursprüngliche Betrieb ist pleite gegangen. Der StuRa wird im Programmheft und auf den Flyern benannt, aber nicht auf den Plakaten. Daher würde er anbieten, dass sie den StuRa in den Trailern zu den Filmen erwähnen.

Mike Niederstraßer:

Er möchte wissen, ob die andere Druckmaterialien wie die T-Shirts und Fahnen den Richtlinien entsprechen.

Robert Wagner:

Er erklärt, dass die Fahnen wiederverwendbar sind und die T-Shirts fallen weg.

Felix Quittek:

Er will wissen, ob es beim Essen auch eine vegetarische oder vegane Alternative gibt.

Robert Wagner:

Er erklärt, dass die Versorgung der Juroren durch Wahlessen in Lokalen erfolgt.

Cindy Salzwedel:

Sie stellt fest, dass die Veranstaltung komplett im Volksbad stattfindet und will wissen, ob sie durch dieses keine Förderung erhielten.

Robert Wagner:

Er erklärt, dass es eine Förderung gibt.

Cindy Salzwedel:

Sie fragt, ob die verwendete Dekoration wiederverwendbar ist.

Robert Wagner:

Bejaht.

Cindy Salzwedel:

Sie will wissen, ob die vorliegende Kostenaufstellung noch aktuell ist.

Robert Wagner:

Er erklärt, dass es eine Veränderung gibt. Die Thüringer Staatskanzlei hat ihre Förderung gekürzt. Daher wurden die T-Shirts gestrichen und an anderen Stellen wurde etwas reduziert.

Johannes Struzek:

Er möchte wissen, wie die Programmhefte aussehen.

Robert Wagner:

Er erklärt, dass es sich um einen glänzenden Farbdruck handelt.

Cindy Salzwedel:

Sie möchte wissen, an welchen Stellen für die Veranstaltung geworben wird.

Robert Wagner:

Er erklärt, dass ein Großteil des Publikums Studierende sind, daher wird viel an der Uni und der FH geworben.

Mike Niederstraßer:

Er fragt, was mit dem zweiten Technikpaket, welches mit „Weimar“ betitelt ist, gemeint sei.

Robert Wagner:

Er erklärt, dass das nur heißt, dass die Technik aus Weimar kommt.

Christopher Johne:

Er spricht sich für eine geringere Förderungssumme aus, denn unsere Mittel sind begrenzt. Die Facebook-Werbung soll auf keinen Fall von unseren Geldern bezahlt werden. Er stellt einen entsprechenden **Änderungsantrag** mit folgendem Antragstext: *Das Gesamtvolumen bleibt unverändert, der StuRa senkt seinen Förderanteil auf 450 Euro, weitere Förderungen durch FSR bis zur vollen Höhe sind möglich.*

Johannes Struzek:

Er spricht sich für eine Förderung aus. Er möchte sich aber Christopher Johnes Änderungsantrag aufgrund der Haushaltslage anschließen.

Abstimmung Änderungsantrag: 4 / 3 / 6 – angenommen

Der Studierendenrat beschließt eine Förderung des Filmfestivals Cellu l'art durch die Studierendenschaft in einer Gesamthöhe von 1.000 Euro, wobei der StuRa sich mit 850 Euro beteiligt.

Abstimmung Gesamtantrag: 14 / 0 / 0 – angenommen

TOP 2 Diskussion und Beschluss: regelmäßige Anpassungen der Gehaltszahlungen an Inflation / Tarifsteigerungen (Mike Niederstraßer)

Mike Niederstraßer:

Er erklärt, dass in den Arbeitsverträgen des StuRa fixe Beträge genannt sind. Diese kann man zwar auch durch jeweils einzelne neue Bestimmungen verändern, aber durch diesen Beschluss wird die Anpassung automatisiert. Es geht nur um einen Inflationsausgleich.

Daniel Münch:

Er erinnert daran, dass manche Arbeitsverhältnisse auf 400-Euro-Basis stattfinden, um Bafög-Kürzungen zu umgehen. Er fragt wie damit verfahren werden soll.

Mike Niederstraßer:

Er erklärt, dass sich in diesen Fällen der Beschäftigungsumfang verringert.

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass wir gerade bei den 400-Euro-Beschäftigungsverhältnissen von Stundenlohn von 10,98 EUR abweichen. Es ist die Frage, wie das geregelt werden soll, denn die Verträge sind alle sehr verschieden.

Mike Niederstraßer:

Er erklärt, dass wir tarifynwendend sind und unabhängig davon kann man die Verträge auch anders gestalten. Eine Dynamisierungsklausel würde auf alle bis auf einen der bestehenden Verträge zutreffen.

Kerstin Zimmermann:

Sie argumentiert, dass das Einkommen des StuRa auch nicht inflationsabgesichert ist.

Mike Niederstraßer:

Er bestätigt, dass es keine automatische Beitragserhöhung gibt. Im Rahmen der Beitragssetzung kann der StuRa seine Einnahmen erhöhen. Das kann in unterschiedlichen Zeiträumen geschehen. Auch leichtere Zuwächse an Studierenden haben bisher kleinere Erhöhungen des Solls ausgeglichen.

Er stellt einen **GO-Antrag auf Vertagung** und bis zu einer Aufstellung aller Arbeitsverträge.

Es gibt keine Gegenrede, damit ist der GO-Antrag **angenommen**.

Daniel Münch:

Er stellt einen **GO-Antrag auf eine zehnmünütige Pause**.

Felix Tasch:

Er möchte eine **Gegenrede** formulieren, denn es sind Gäste anwesend, die man nicht warten lassen soll.

Die Sitzungsleitung stellt fest, dass Felix Tasch nicht dazu berechtigt ist, GO-Anträge zu stellen oder Gegenreden zu formulieren.

Daniel Münch:

Er zieht seinen GO-Antrag zurück.

TOP 4 Diskussion und Beschluss: Dschungelbuch 2012/13 (Vorstand)

Felix Tasch:

Er erklärt, dass es sich bei seinem Angebot um das einzige handelt, daher haben sie mit den Arbeiten am Dschungelbuch bereits angefangen. Durch die indirekte Mittelkürzung hat er den Vorschlag gemacht, dass die Verkaufsexemplare für einen Preis von 3 Euro verkauft werden.

Daniel Münch:

Er möchte wissen, ob das ausreichend ist, um die 1.000-Euro-Kürzung zu decken.

Felix Tasch:

Er erklärt, dass es zumindest annähernd ausreichend ist. Es werden dieses Semester wieder mehr Exemplare an die Thalia abgesetzt. Das Hardcover hat außerdem zu einer Verkaufssteigerung geführt.

Johannes Struzek:

Er stellt eine Reihe von Fragen, die Felix Tasch mit Kopfzeichen beantwortet.

- 1) Sind die Umweltrichtlinien eingehalten wurden? bejaht
- 2) Sind die Lizenzvorgaben eingehalten wurden? bejaht
- 3) Wie viele Seiten soll das Dschungelbuch haben? 224Seiten

Christopher Johne:

Er ist der Ansicht, dass die Kommunikation zwischen Felix Tasch und dem StuRa im letzten Jahr nicht so super funktioniert hat. Es wurden zum Beispiel veraltete Texte verwendet, obwohl neue eingesandt wurden.

Felix Tasch:

Er weiß nicht mehr, was das konkrete Problem war. Aber es gab ein Platzproblem und deshalb kam es zu Kürzungen. Das liegt auch an den Gegebenheiten des Druckes.

Mike Niederstraßer:

Er will wissen, ob der Teil zu „Wohnen“ noch verschoben werden kann.

Felix Tasch:

Er erklärt, dass Cindy Salzwedel für diesen Teil zuständig ist und da wird sich sicher eine Lösung finden. Es wird einen essayistischen Text zu dem Thema geben.

Felix Quittek:

Er fordert, dass der StuRa im Vorhinein informiert wird, was an Inhalten ins Dschungelbuch kommt. Denn es wurden Texte zu Themen verfasst wurden, die in den Referaten bearbeitet werden.

Felix Tasch:

Er erklärt, dass dies in der Vergangenheit versucht wurde und er wird sich auch in Zukunft bemühen.

Johannes Struzek:

Er möchte wissen, warum keine Kostenaufstellung beiliegt.

Felix Tasch:

Er erklärt, dass 4.000 Euro für Personalkosten verwendet werden und die restlichen 11.000, Euro sind Druckkosten.

Felix Quittek:

Er möchte wissen, wie sich die Personalkosten aufgliedern.

Felix Tasch:

Er erklärt, dass davon der Fotograf, der Layouter, die LektorInnen und die AutorInnen bezahlt werden müssen.

Der Studierendenrat beschließt, Felix Tasch mit der Erstellung des Dschungelbuch 2012/13 zu beauftragen.

Abstimmung: 10 / 0 / 1 – angenommen

TOP 5 Diskussion und Beschluss: Mediationsangebot durch den StuRa (Michael Wutzler)

Michael Wutzler:

Er hat bis letztes Jahr studiert und während seines Studiums auch im StuRa mitgearbeitet. Er befindet sich in der Ausbildung zu Mediator. Der StuRa könnte Mediation anbieten und er so praktische Erfahrungen sammeln. Es entstehen dem StuRa keine Kosten. Während der Ausbildung sind die Mediationen supervisiert und es gibt eine Co-Mediation. Diese kann dann auch einer Geschlechterquotierung unterworfen werden.

Mike Niederstraßer:

Er ist der Auffassung, dass ein solches Angebot öffentlich bekannt gemacht werden muss. Das Ö-Ref muss also simultan verpflichtet werden eine Info-Broschüre zu erstellen. Es handelt sich um einen **Ergänzungsantrag**.

Michael Wutzler:

Er erklärt sich bereit, an der Broschüre mitzuarbeiten.

Tobias Krone:

Er spricht sich für die Einrichtung des Mediationsangebots aus.

Felix Quittek:

Er spricht sich ebenfalls dafür aus, denn es ist kostenneutral und bringt den Studierenden sehr viele Vorteile.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie möchte von Michael Wutzler wissen, wo er Mediationsbedarf sieht und welche Parteien in solchen Fällen betroffen wären.

Michael Wutzler:

Er erklärt, dass die Mediation für jeden offen ist. Es kann sich um Konflikte zwischen Studierenden und Studierenden oder Studierenden und Dozenten handeln.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie möchte genauer wissen, welche Teilnehmer als Klientel zu erwarten sind.

Michael Wutzler:

Er ist neutral und will keine Konfliktwertung vornehmen. Es gibt Grenzen von Mediation. Entscheidend ist, dass der Konflikt gelöst werden will.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie will wissen, warum er sich an den StuRa und nicht ans Studentenwerk gewandt hat. Denn hier werden andere Fälle von Konflikten bearbeitet als an anderen Stellen.

Michael Wutzler:

Er erklärt, dass es ihm um eine gute Vernetzung und eine gegenseitige Kooperation geht und diese aus seiner Sicht mit dem StuRa am Besten zu erreichen sei.

Tobias Krone:

Er findet Mediation eine gute Sache und weiß, dass in großen Gruppen ein Mediator sehr effektiv sein kann.

Abstimmung Ergänzungsantrag: Der Antragssteller übernimmt diesen.

Der Studierendenrat beschließt, in Kooperation mit Michael Wutzler ein Mediationsangebot beim StuRa zu etablieren. Das Angebot wird öffentlich bekannt gemacht.

Abstimmung Gesamtantrag: 12 / 0 / 0 – angenommen

Daniel Münch:

Er stellt einen **GO-Antrag auf eine zehnminütige Pause**.
Es gibt keine Gegenrede, damit ist der GO-Antrag **angenommen**.

Protokollierung durch Julia Langhammer

TOP 6 M-011-2012: Broschürendruck Zivilklausel (Referat für Hochschulpolitik)

Stephanie Borck:

Sie erklärt, dass Broschüre mit Beiträgen über Zivilklauseln gedruckt werden sollen. Diese soll unter anderem eine Erklärung enthalten, was die Zivilklausel überhaupt ist. Ein Artikel wird sich mit der Militarisierung der Gesellschaft befassen. Ein weiterer Artikel beleuchtet das Thema Militär und Gesellschaftswissenschaften. Es soll die Studierenden informieren, aber auch zur Meinungsbildung der Studierendenvertretung beitragen.

Christopher Johne:

Er weist darauf hin, dass der Gesetzgeber verlangt, dass immer drei Vergleichsangebote eingeholt werden, hier ist jedoch keines beigefügt.

Stephanie Borck:

Sie erklärt, dass sie immer beim gleichen Anbieter bestellen, weil dieser unsere Auflagen erfüllen. Aber sie schauen nach weiteren Anbietern.

Felix Quittek:

Er möchte wissen, ob die Gelder aus dem Referatstopf bezahlt werden.

Stephanie Borck:

Bejaht.

Der Studierendenrat beschließt über einen Mittelfreigabeantrag des Referates für Hochschulpolitik zum Druck von Zivilklauselbroschüren in Höhe von 1.200 Euro.

Abstimmung: 11 / 0 / 1 – angenommen

TOP 7 Wahl: Referent_in für Informationstechnologie (Vorstand)

Christopher Johne:

Es gab nur eine Bewerbung, die wenig Inhalt hatte. Der Bewerber ist Marcus Müller.

Marcus Müller:

Er studiert Theologie, Altertumswissenschaften und Informatik. Er hat sich aus Mangel an Bewerbern und aus Interesse beworben.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie fragt nach Marcus Müllers inhaltlichen Schwerpunkten.

Marcus Müller:

Er wird sich an die Referatsbeschreibung in der Geschäftsordnung halten und ansonsten von Projekt zu Projekt sehen, was anfällt. Als erstes Projekt ist die Linux-Install-Party schon angelaufen.

Mike Niederstraßer:

Er fragt nach Marcus Müllers zeitlichen Ressourcen?

Marcus Müller:

Er kann bis zu fünf Stunden pro Woche erübrigen, je nach Aufwand. Er bleibt bestimmt noch drei Jahre in Jena.

Felix Quittek:

Er stellt einen **GO-Antrag auf sofortige Wahl**.

Es gibt keine Gegenrede, damit ist der GO-Antrag **angenommen**.

Die Wahlkommission besteht aus Hauke Rehr, Martin Michel und Tobias Krone.

Wahlergebnis (ja / nein / Enthaltung / ungültig): 11 / 0 / 1 / 1

Marcus Müller ist damit gewählt. Er nimmt die Wahl an.

TOP 8 Diskussion und Beschluss: Stellung des StuRa zum fzs (Mike Niederstraßer)

Mike Niederstraßer:

Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) – eigener Bezeichnung nach bundesweiter Dachverband der Student_innenschaften – besteht seit 20 Jahren und nimmt für sich in Anspruch, die bundesweite Interessenvertretung der Studierenden zu sein. Unsere Kritik daran: Den Vertretungsanspruch kann der fzs, so wie er aufgestellt ist, nicht erfüllen. Er hat wichtige politische Entwicklungen nicht begleitet und repräsentiert. Die Studierendenschaft arbeitet jedoch in so fern mit dem fzs zusammen, wie die Unterstützung bestimmter Initiativen sowie überregionaler Veranstaltungen über den fzs läuft. Eine überregionale Vertretung, also ein überregionaler Dachverband ist nötig, die Aufgabe leistet der fzs jedoch aktuell nicht.

Das Wissen um den fzs ist im Gremium nicht mehr so stark verankert, deswegen möchte Mike Niederstraßer die Position, die der StuRa zum fzs einnimmt, neu zur Diskussion stellen. Jede_r sollte sich eine eigene Meinung bilden.

Nicht zuletzt hatte der StuRa beschlossen, keine Zahlungen über den fzs vorzunehmen, wegen eines möglichen Insolvenzrisikos. Er möchte fragen, ob der Beschluss noch sinnvoll ist, wie das Verhältnis zum fzs aktuell gesehen wird und wie wir Initiativen gegenüber stehen, die einen eigenen Dachverband gründen wollen (z.B. Initiative in Kiel). Es soll möglich werden, sich neu zu besinnen und ggf. auch mal jemensch vom fzs dazu einzuladen.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie fragt sich, ob solche eine unvermittelte Diskussion sinnvoll ist. Sie stellt einen **GO-Antrag auf ein Meinungsbild**, ob sich die StuRa-Mitglieder ausreichend über den fzs informiert fühlen. Wenn nicht, würde sie eine Vertagung beantragen.

Mike Niederstraßer:

Er führt eine **Gegenrede**. Er möchte insbesondere den Beschluss, keine finanziellen Transaktionen über den fzs abzuwickeln, diskutieren. Hierzu möchte er einen erneuten Beschluss.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie fragt zurück, ob es einen aktuellen Anlass gebe.

Mike Niederstraßer:

Er meint, es wurde bereits in zwei Fällen gegen den Beschluss verstoßen.

**Abstimmung über die Durchführung eines Meinungsbilds, um dann den TOP ggf. zu vertagen:
11 / 2 / 0 – angenommen; Das Meinungsbild wird durchgeführt.**

Meinungsbild:

Wer fühlt sich ausreichend informiert?	3 Stimmen
Wer fühlt sich nicht ausreichend informiert?	10 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie sieht in Anbetracht des Ergebnisses keine Grundlage für eine Diskussion. Es kann aber gern kann diskutiert werden, was wir von einem Dachverband erwarten.

Cindy Salzwedel:

Sie möchte wissen, wieso wir einen Beschluss haben, mit dem fzs nicht finanziell zusammen zu arbeiten, aber das jetzt schon zweimal vorgekommen ist.

Christopher Johne:

Er erklärt, dass die damaligen Beschlüsse nicht dokumentiert wurden. Der Vorstand versucht aktuell, diese Versäumnisse aufzuarbeiten. Der Beschluss, über den fzs keine Zahlungen zu tätigen, war dem Vorstand, bevor Mike Niederstraßer darauf hingewiesen hat, nicht bekannt.

Johannes Struzek:

Er findet die Diskussion auf der heutigen Sitzung eine gute Gelegenheit, um Informationen über fzs zu gewinnen. Er geht davon aus, dass 1 – 2 Personen zusammenfassen sollten, was die Kritik am fzs ist. Dann können alle für sich festlegen, ob sie sich weiter informieren wollen. Er wünscht einen kurzen Input von Mike Niederstraßer.

Mike Niederstraßer:

Er könnte viel zum fzs sagen, würde das aber einseitig tun. Er schlägt vor, Material zusammen zu stellen, wollte aber heute nur die Diskussion eröffnen und den Informationsbedarf sehen.

Cindy Salzwedel:

Mensch kann sich durch das Internet informieren, sich etwas von Leuten erzählen lassen, die Erfahrungen mit dem fzs haben, oder – wie sie selbst – eigene Erfahrungen damit machen. Ihre Erfahrungen waren negativ. Außerdem findet sie es wichtig, die Grundsatzbeschlüsse einmal zusammen zu tragen. Es kann doch nicht sein,

dass der StuRa immer wieder Themen diskutiert und dann feststellt, dass es die intensive Beschäftigung mit dem Thema und entsprechenden Beschlüsse schon gab.

Sie regt an, zur Zusammenstellung der Beschlüsse eine kleine Stelle auszuschreiben. Auf diese könnten sich Personen bewerben, die sich die Aufgabe, die Beschlüsse zu recherchieren, Gespräche mit beteiligten Personen zu führen und ins Archiv zu gehen, zutrauen.

Christopher Johne:

Er weist auf die Defizite alter Protokolle und auch der Archivierung hin. Die Zusammenstellung der Beschlüsse ist sehr schwierig.

Kerstin Zimmermann:

Sie fragt, wie sich die Probleme mit dem fzs darstellen.

Cindy Salzwedel:

Sie kann nur aus ihrer Erfahrung berichten. Es wurde nicht richtig kommuniziert, nicht geantwortet, Ansprechpartner_innen waren nicht erreichbar. Auch auf mehrmalige Anfragen wurden Kontakte nicht weitergegeben und Vernetzung behindert. Auf der anderen Seite: Wenn Veranstaltungen stattfinden, sind die auch gut.

Felix Quittek:

Er möchte auf seine Erwartungen an einen studentischen Dachverband eingehen. Er sieht diesen vor allem demokratisch und transparent. Aber muss das immer eine feste Institution sein, immer die selben Leute, die alle möglichen Themen zentral bearbeiten? Könnten sich nicht Menschen projektbezogen mit Themen zu befassen, z.B. mit Nachhaltigkeit? Im Umweltbereich kennt er diese Form der bundesweiten Vernetzung.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Ihre Erfahrungen mit projektbezogenen Gruppen ist, dass systematische Strukturen fehlen. Deswegen funktionieren sie auch immer nur kurzzeitig. Auf der anderen Seite können aus festen Institutionen auch Ungeheuer werden. Meist hängt die Arbeit dann an ganz wenigen Personen, mit der Gefahr, andere sich zu sehr darauf verlassen, dass die Arbeit gemacht wird.

Was sie sich wünschen würde, ist eine Art Kontaktstelle, wo man sich erkundigen kann, wer wo an ähnlichen Themen arbeitet und durch die Vernetzung und ein Überblick über Aktivitäten angeboten wird. Wichtig ist sicher eine zentrale Stelle der Vernetzung mit Süddeutschland, weil dort eben die Ressourcen fehlen selbst größere Aktionen und Projekte anzustoßen. Außerdem müsste ein Dachverband natürlich zuverlässig sein und wirklich viele Studierendenschaften umfassen.

Johannes Struzek:

Eine bundesweite Struktur bedeutet immer viel Aufwand und Kosten. Zur Zeit beträgt der Beitrag an den fzs 1 Euro pro Mitglied, das die jeweilige Studierendenschaft hat. Das ist ein großes Problem des fzs. Deswegen ist er nicht für einen eigenständigen bundesweiten Verband. Es gibt 16 starke Landesvertretungen, eine bundesweite Koordinierung kann über deren Vernetzung geleistet werden.

Felix Quittek:

Er betrachtet es auch als ein Problem der Legitimation, wenn es nur einen Dachverband gibt, in dem alle Mitglied sind. Es ist die Frage, wie sich die verschiedenen Auffassungen der Basis dann in politischer Arbeit niederschlagen. Eine direkte Beauftragung, z.B. der KTS, etwas zu vertreten, findet er da besser. Er fragt, wie die Meinungsbildung im fzs verläuft.

Johannes Struzek:

Er erläutert, dass der fzs regelmäßige Mitgliederversammlungen hat, vor dem Plenum fänden noch Ländertreffen statt. Es wird lange und ausführlich getagt und dann gibt es eine interne Struktur, mit unseren Referaten vergleichbar. Wenn alle Studierendenschaften Mitglied wären, wäre es auch ein bundesweiter Dachverband, der alle vertritt. Er warnt aber davor, einen Konkurrenzverband zu gründen. Das ist sehr aufwendig, langwierig und teuer und letztendlich ist niemand mehr dabei, der die meint, einen Konkurrenzverband zu brauchen.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie wollte keinen anderen Verband befürworten. Sie ist in einem Mailverteiler des fzs für eine Kulturveranstaltung. Es kommen pro Tag mindestens 10 Mails, die alle sehr lang sind. Der Aufwand ist wirklich groß, weil alle möglichen Personen mitreden und alles unübersichtlich ist. Den Vorschlag mit vernetzen Landesvertretungen hält sie auch für sinnvoller. Entscheidungen können dann durch ein Delegiertenprinzip, mit pyramidenförmig gestuften Entscheidungswegen, vorbereitet werden. Sie möchte keine Hierarchien, aber wenn alle mitreden, ist das auch nicht sinnvoll.

Felix Quittek:

Wenn die Pyramide zu viele Stufen hat, kommt am oberen Ende häufig etwas anderes raus als das, was die Basis vorgeschlagen hat. Auch hier können sich demokratische Probleme ergeben. Andererseits bilden sich, wenn sich zu viele an Diskussionen beteiligen, starke informelle Hierarchien heraus.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie bevorzugt eigentlich auch Basisdemokratie. Beim fzs kommt ihr alles unstrukturiert, unmoderiert vor. Deswegen möchte sie sich für ein Delegiertenmodell aussprechen, das auch nicht zu viele Stufen haben sollte. Auch in der KTS sind einzelne Standorte dominant und einige Personen gewinnen an Übergewicht. Aber das ist bei großen Massenentscheidungen genauso.

Christopher Johne:

Er sieht als nicht zu unterschätzendes Problem, dass bei dem Stufenmodell einzelne Personen sehr belastet sind, weil sie meist auf allen Ebenen gleichzeitig tätig werden. Beim fzs sind die Akteure zumeist nur dort aktiv. Der Nachteil daran ist, dass sie ihm dadurch immer als etwas abgehoben von der Basis erscheinen.

Felix Quittek:

Er fasst zusammen, dass also zwei Vertretungsmodelle denkbar sind. Einem entspricht der fzs. Hier ist eine relativ kleine Gruppe von Leuten sehr aktiv, die aber die Basis gar nicht mehr sehen. Das Gegenmodell bilden Personen, die auf allen Ebenen aktiv sind und daher wenig Zeit für die einzelnen Ebenen aufbringen, vielleicht auch weniger effizient arbeiten, aber gut an die Basis rückgekoppelt sind. Er würde sich eher gegen den fzs orientieren.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie fragt, wie viel politischen Einfluss die Konferenz der Landesvertretungen hat. Wenn wir den fzs ablehnen, brauchen wir eine bundesweit tätige Alternative. Wenn wir die Landesstudierendenvertretungen in der Position haben wollen, politisch wirksam zu werden, müssen wir sie entsprechend stärken. Bundesweit hat sie vom Einfluss der Landesstudierendenvertretungen noch nicht viel gesehen.

Johannes Struzek:

Das kann sie auch nicht gesehen haben. Es gibt Vernetzungen, aber noch keine systematischen Treffen der Landesstudierendenvertretungen. Aber das kann man ja anschieben, indem man ein Treffen ausrichtet.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie begrüßt den Vorschlag. Wenn wir den fzs ablehnen, sollten wir andere Gremien wirklich aktiv stärken. Sie fände es auch gut, wenn wir als ostdeutsche Uni mal ein bundesweites Treffen ausrichten.

Felix Quittek:

Er betrachtet als weiteren Vorteil, dass bei einem Delegationsprinzip über die Landesvertretungen die Anzahl der Leute überschaubar wäre. Wenn aus jeder Vertretung 2 – 3 Leute kommen, dann werden es max. 50 Leute. Das ist machbar.

Johannes Struzek:

Gerade bei den großen Ländern kann es da Koordinationsprobleme geben. Dann können schon mehrere Leute aus den einzelnen Ländern kommen. Auch haben die Südländer keine eigenen Mittel. Es müsste überlegt werden, wie deren Fahrtkosten zu finanzieren sind.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Die Diskussion ist ihr jetzt schon zu detailliert. Erst sollte man sich grundsätzlich verständigen.

Felix Quittek:

Er schlägt ein Meinungsbild vor. Gerade wurden quasi zwei Vorschläge für Vertretungen entwickelt. Welche bevorzugt das Gremium?

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie möchte von realistischen Gegebenheiten ausgehen. Daher schlägt sie vor, innerhalb des fzs eine Diskussion anzuregen, ob vielleicht innerhalb bestehender Strukturen eine Art Landesstudierendenvertretungskonferenz etabliert werden kann. Das würde die auch die Legitimation des fzs erhöhen.

Wir können dem fzs aber keine Vorschriften machen. Eher sollte die Gelegenheit genutzt werden, Kontakt aufzunehmen und zu sehen, wie dort reagiert wird.

Felix Quittek:

Wenn der Vorstand hierzu aktiv werden soll, braucht er eine Legitimation durch das Gremium. Es wäre sinnlos, etwas anzustoßen, wenn das Gremium das hinterher ablehnt.

Meinungsbild:

Wem ist das fzs-Modell sympathisch/ Wer hält es für angemessen? ca. 1 Stimme

Wer würde eine gestufte Vertretungsweise präferieren? 9 Stimmen

Wer hält einen Systemwechsel für utopisch? 6 Stimmen

Stephanie Borck:

Sie schlägt vor, Mike Niederstraßer und Enrico Schurmann zu ihren Erfahrungen mit dem fzs zu befragen.

Daniel Münch:

Er fasst zusammen, dass Mike Niederstraßer jeder_m empfohlen hat, sich selbst damit auseinander zu setzen.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie endet mit dem Plädoyer ans Gremium, sich wirklich mal über den fzs zu informieren bzw. persönlich mit Kundigen darüber zu sprechen.

Sie stellt einen **GO-Antrag auf Vertagung**.

Es gibt keine Gegenrede, damit ist der GO-Antrag **angenommen**.

TOP 9 2. Lesung und Beschluss: Antrag auf Fördermitgliedschaft im Kunsthof Jena e.V. (Carola Wlodarski-Şimşek)

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie erinnert an die bereits stattgefundene Diskussion der letzten Sitzung. Sie denkt, dass der Kunsthof inzwischen allen bekannt sein sollte. Sie plädiert weiterhin dafür, dass der StuRa dem Kunsthof als Fördermitglied beitrifft. Sie erklärt, dass es sich beim Kunsthof Jena e.V. um einen Verein zur Förderung von Kunst und Kultur handelt. Es handelt sich um einen alten Hof, wo kulturelle Veranstaltungen stattfinden und KünstlerInnen ein Domizil haben. Das Kulturreferat will das gerne fördern und schlägt eine Fördersumme von 250 Euro pro Jahr vor. Sie halten das für einen angemessenen Betrag, welcher dem Verein auch helfen würde. Der Verein und die kulturellen Veranstaltungen haben einen großen studentischen Bezug.

Benjamin Rößner:

Er möchte wissen, wo die Gelder in Zukunft herkommen sollen.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie spricht sich dafür aus, im nächsten Jahr einen Topf für den Kunsthof einzurichten. Der StuRa könne sich das leisten.

Johannes Struzek:

Er möchte wissen, welcher Nutzen für die Studierendenschaft besteht.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie berichtet, dass die Mitglieder des Kunsthofs großteils StudentInnen sind, ebenfalls werden die Veranstaltungen von einem überwiegend studentischen Publikum besucht. Des weiteren sind es Mitglieder der Studierendenschaft, die die Lesungen, Ausstellungen und Konzerte machen. Der Kunsthof ist ein Raum, in dem sich Studierende gestalterisch und künstlerisch ausleben können. Es ist wichtig den Kunsthof zu erhalten, denn viele andere Stellen wurden geschlossen. Es geht nicht um Partys, sondern um junge KünstlerInnen.

Mike Niederstraßer:

Er ist der Überzeugung, dass der StuRa einer der größten kulturpolitischen Akteure in Jena ist. Er spricht sich dafür aus, dass der StuRa seine Aktivitäten im kulturellen Bereich erweitert.

Johannes Struzek:

Er möchte wissen, um welchen Ort es sich genau handelt.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie erklärt, dass der Kunsthof in der Zwätzengasse auf einem Hinterhofgelände angesiedelt ist. Es gibt einen Ausstellungs- und Veranstaltungsraum für bis zu 90 Leute, inklusive einer Bar und Ateliers im Nebengebäude.

Christopher Johne:

Er ist ebenfalls der Meinung, dass der StuRa eine Mitverantwortung für kulturelles Leben in Jena hat. Aber es gibt noch mehr Förderer und wir können nicht kompensieren, was andere nicht leisten.

Stephanie Borck:

Sie ist der Ansicht, dass wir die Förderung des Kunsthofs stemmen können, wenn wir es ja auch schaffen 10 Mainstream-Partys im Semester zu finanzieren. Es geht um eine ausgewogene Aufstellung und darum, auch Randbereich zu fördern und die Vielfalt zu erhalten.

Johannes Struzek:

Er meint, dass der StuRa bereits vielfältige Projekte fördert. Daher möchte er wissen, inwiefern die Förderung des Kunsthof noch zusätzlich nötig ist.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie berichtet, dass im Kunsthof sehr experimentelle Konzerte stattfinden und ein signifikant anderes Ambiente durch die große Intimität besteht. Diese Art Veranstaltungen unterscheidet sich sehr stark von anderen Veranstaltungen, wie sie in der Rose oder im Wagner stattfinden. Außerdem kombiniert der Kunsthof Arbeitsstätte und Aufführungsort.

Felix Quittek:

Er ist ebenfalls der Auffassung, dass die Lesungen, Ausstellungen, Musik und die kulinarische Untermauerung im Kunsthof von extrem engagierten Leuten organisiert wird. Es gibt ein besonderes Angebot.

Johannes Struzek:

Er möchte die Frage diskutieren, ob das Kunsthof-Projekt Kultur ist, die wir schon fördern oder sie zusätzlich fördern sollten. Er denkt, dass wir bereits genug für die Kultur Jena tun.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie ist der Auffassung, dass der StuRa seinen Kulturauftrag in keinem Fall in ausreichendem Maß erfüllt, dafür gibt es zu viele Studierende mit unterschiedlichen Bedürfnissen. Dem Kunsthof könnten wir mit einem kleinen Betrag sehr stark helfen. Sie denkt, dass man jetzt keine Haushaltsdebatte führen kann, die erst im Dezember stattfindet.

Johannes Struzek:

Er denkt, dass wir hier über eine finanzielle Verpflichtung auch für die Zukunft sprechen. Daher sollten wir auch über die Frage sprechen, wo das Geld herkommt. Er ist sich sicher, dass bereits genug für Geld für Kultur ausgegeben wird.

Cindy Salzwedel:

Sie stellt einen **GO-Antrag auf Abbruch der Debatte**, da alle relevanten Argumente genannt sind.

Johannes Struzek:

Er formuliert eine **Gegenrede**, denn er will die Frage diskutieren.

Abstimmung GO-Antrag: 9 / 1 / 5 – angenommen

Der Studierendenrat beschließt nach zweiter Lesung über den Antrag auf Fördermitgliedschaft im Kunsthof Jena e.V. von Carola Wlodarski-Şimşek.

Abstimmung Antrag: 7 / 7 / 1 – abgelehnt

TOP 10 Diskussion und Beschluss: Auswahl Angebot für Homepage (Vorstand)

Matthias Gothe (1. Angebot):

Er weist auf sein abgegebenes Angebot hin. Die Eckpunkte sind: ein zweigliedriges Vorgehen, 1. soll schon eine prinzipiell statische Seite mit den Inhalten der alten Homepage entstehen, wenn diese Online ist, würde er 2. dynamische Zusatzfunktionen installieren.

Er würde Joomla empfehlen, TYPO3 wäre aber auch möglich. Bei Joomla können auch beliebig viele Gruppen angelegt werden. Durch IDAHOT wird er Anfang Mai ziemlich eingespannt sein und kann in diesem Zeitraum eben nur wenig machen.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie fragt nach Matthias Gothes Gestaltungsvorschlägen.

Matthias Gothe:

Er hat keine konkreten Vorschläge, würde aber einen transparenten Prozess machen wollen, in den sich Interessierte, insbesondere das Referat für Öffentlichkeitsarbeit einbringen und ihre Ideen einbringen.

Hauke Rehr:

Inwiefern wäre der statische Teil flexibel?

Matthias Gothe:

Die statischen Inhalte sind grundsätzlich immer änderbar. Auch dynamische Elemente, die aus einer Datenbank kommen, werden sich immer wieder ändern. Auf die sich dauernd verändernden Inhalte würde er aber erst einmal nicht den Schwerpunkt legen, sondern eher auf die Basisinformationen für die Studierenden.

Christopher Johne:

Welcher Realisierungszeitraum ist realistisch, gerade unter Berücksichtigung einer Kooperation mit dem Referat für Öffentlichkeitsarbeit? Kann die Homepage bis zum 22. Juni (Ende 25. KW) realisiert werden?

Matthias Gothe:

Er betrachtet das als realistisch. Die Zeitplanung beruht auf seinen Erfahrungen, auch mit der intensiven Partizipation, die er plant.

Martin Michel (2. Angebot):

Er stellt sich vor. Das Angebot stammt vom Kollektiv Quietscheente, bestehend aus Carolin Riedel (Dresden) und ihm. Beide haben Lust auf das Projekt. Deswegen ist der angebotene Preis deutlich geringer als marktüblich. Beide haben viel Gremienerfahrung und wissen, was auf sie zukommt. Sie wollen zusammen eine kreative Website entwickeln.

Die Technikbetreuung hat ihre Sorge wegen des vorgeschlagenen CMS geäußert. Er hat Erfahrung mit jeder aktuellen Software und wäre wegen des CMS offen bzw. würde dies noch nachträglich abstimmen.

Daniel Münch:

Er fragt, inwiefern Martin Michel mit StuRa-Strukturen vertraut ist und wie er wissen kann, wie die Seite sinnvoll aufgebaut werden soll.

Martin Michel:

Es ist eine Strukturierungsveranstaltung angedacht, wo dies genau besprochen werden kann.

Eine Besonderheit seines Angebots ist die Verwendung von HTML 5. Das ist sehr aktuell, Filme und Bilder lassen sich gut einbinden, die Anwendung ist sehr barrierefrei, gut indizierbar für Suchmaschinen usw.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie verlangt eine Generaldebatte.

Die Sitzungsleitung stellt fest, dass eine Generaldebatte hier nicht erforderlich ist. Es geht nicht um Personalangelegenheiten. Um die Diskussion frei fortsetzen zu können, verlassen beide Bewerber den Raum.

Stephanie Borck:

Sie hat keine Ahnung, welches Angebot besser ist und bittet um Informationen, damit sie sich eine Meinung bilden kann.

Marcus Müller:

Er verweist auf die Stellungnahme der Technikbetreuung, sie würden vorsichtig TYPO3 empfehlen. Es bedarf aber einer gewissen Einarbeitung, um damit umzugehen zu können.

Johannes Struzek:

Er hat schlechte Erfahrungen mit TYPO3. Das lag sicher auch an der Umsetzung, aber Laien konnten damit fast nichts machen. Er würde in anderes CMS empfehlen.

Stephanie Borck:

Sie fragt, was für Laien am besten wäre, die sich nicht weiter auskennen, aber ihre Inhalte einstellen wollen. Joomla scheint hierfür besser geeignet.

Marcus Müller:

Er bejaht, dass Joomla einfacher ist. Das Problem an Joomla ist die Notwendigkeit von häufigen Updates und dass ein aktiver Webmaster benötigt wird.

Felix Quittek:

Er verweist darauf, dass beide Angebote in Bezug auf das CMS flexibel sind. Diskutiert werden sollten die Punkte, in denen sich die Angebote unterscheiden.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Beide Angebote haben Vor- und Nachteile. Sie findet es gut, wenn wir uns an der Graphikgestaltung beteiligen können. Sie empfindet das Angebot von Martin Michel in Bezug auf das Design als professioneller. Andererseits gefallen ihr die Design-Beispiele von Martin Michel nicht.

Die Gefahr am Angebot von Matthias Gothe ist, dass wir kein Design haben, wenn sich niemand beteiligt. Sie würde es gut finden, wenn der StuRa zumindest eine feste Person bestimmt, die z.B. eine Arbeitsgruppe dazu leitet, die nicht ganz unverbindlich ist. Sie tendiert aber zum Vorschlag von Matthias Gothe.

Mike Niederstraßer:

Er warnt davor, die Design-Frage zu sehr in der Vordergrund zu stellen. Wenn die Inhalte nicht gut zu verwalten sind, dann werden keine eingestellt und es kommt auch niemand auf die Seite. Mit den Systemen kann man alles mögliche machen. Wichtiger ist, dass dann auch Inhalte erzeugt und eingestellt werden.

Wichtig ist das Backend, das bisher nie so recht benutzbar war. Es gab immer wenige Leute, die sich damit beschäftigen wollten, wie Inhalte eingestellt und verwaltet werden. Die Frage der Nutzbarkeit steht für ihn im Vordergrund.

Johannes Struzek:

Es ist gut, wenn man jemanden hat, der auch ein Design vorschlägt. Es weiß, wie schwierig es ist, für den StuRa ein Plakat zu machen. Es kommt wenig oder kein Input. Im Gegensatz zu Plakaten kann man bei Internetseiten nicht einfach etwas schon Bestehendes nehmen und leicht umarbeiten. Sicherlich ist auch die zweite Gruppe (Martin Michel) in Lage, die Wünsche des StuRa einzubeziehen umzusetzen.

Stephanie Borck:

Sie konzentriert sich darauf, wer ihr die Nutzung der Seite nahebringen möchte. Das Angebot von Schulungsveranstaltungen findet sie bei Matthias Gothe gut. Er wäre auch nach Ende der Arbeit an der Seite präsent und könnte gefragt werden.

Felix Quittek:

Das Kollektiv Quietscheente hat sich über die Weitergabe des Wissen noch keine Gedanken gemacht. Allerdings möchte Matthias Gothe das Referat für Öffentlichkeitsarbeit stark einbinden, wo im Moment nicht viel passiert. Daher macht er sich Sorgen, dass das nicht laufen wird. Er fragt sich, ob die Schulung notwendig ist. Auch wenn uns Matthias Gothe räumlich näher ist, sieht er Pluspunkte beim zweiten Angebot. Außerdem hat Martin Michel ebenfalls Kenntnisse des StuRa. Er hält sich häufig beim Umweltreferat auf und es gab auch schon Zusammenarbeit.

Johannes Struzek:

Er geht davon aus, dass langfristig eine Schulung nötig sein wird. Die Anwender wechseln ja auch. Er geht nicht davon aus, dass es problematisch ist, beim zweiten Angebot eine Schulung dazu zu bekommen. Er betrachtet 150 Euro als absolut realistischen Preis dafür.

Hauke Rehr:

Er weiß nicht, ob Schulungen wirklich nötig sind. Wenn einmal Leute eingearbeitet sind, kann das auch intern weitergegeben werden.

Stephanie Borck:

Sie betrachtet es als ziemlich wichtig, dass die Nutzer_innen in die Nutzung der Homepage eingewiesen werden. Gerade für neue Leute ist auch die Hemmschwelle, andere zu fragen, zu hoch. In ihrem Referat konnte seit Jahren niemand mit der Homepage umgehen.

Johannes Struzek:

Er hatte mit der alten Homepage nie Probleme, weiß aber, dass die Seite für viele ganz und gar nicht selbsterklärend war. Auf jeden Fall muss klar sein, wie die Nutzbarkeit zu gewährleisten ist. Was er bei beiden Angeboten vermisst, ist eine Art Grobstruktur für die Menüführung. Das ist bei unserer vielfältigen Struktur mit sehr vielen Unterseiten ein besonderes Problem.

Felix Quittek:

Er hat den Eindruck, dass bei beiden Angeboten Bedenken bestehen.

Stephanie Borck:

Sie hat nur einen persönlichen Eindruck und kann es objektiv eigentlich nicht einschätzen.

Johannes Struzek:

Er versteht Matthias Gothes Angebot so, dass er nach Fertigstellung der Seite einige Zeit als Webmaster tätig sein möchte.

Felix Quittek:

Er geht davon aus, dass die genaue Ausgestaltung des Angebots Verhandlungssache ist. Er würde gern mit beiden noch mal reden.

Mike Niederstraßer:

Er betrachtet es als ein Problem, dass die jetzt benannten Punkte nicht Teil des Angebots, wie ausgeschrieben, sein sollten. Er würde vorschlagen, in Bezug auf die zusätzlichen Anforderungen noch weiter zu verhandeln.

Johannes Struzek:

Er würde Martin Michel ggf. nach einer Schulungsveranstaltung fragen und Matthias Gothe, ob er nicht doch ein Design machen könnte. Er stellt sich auch vor, dass Teile des Angebots von beiden verwendet werden könnten.

Felix Quittek:

Er geht davon aus, dass Design und Programmierung der Website in einer Hand sein sollten. Er hält eine Kombination aus beiden Angeboten für zu kompliziert.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie sieht an einer Kombination aus beiden Angeboten keine Probleme. Natürlich muss das besprochen werden. Wenn mit einem umsetzbaren Konzept an die Anbieter herangetreten wird, ist das machbar. Matthias Gothe hat angeboten, zusätzliche eine Dokumentation anzulegen, Martin Michel könnte gefragt werden, ob er auch dazu bereit ist.

Johannes Struzek:

Er hat auch schon derartige Angebote gemacht. Er hätte viel Respekt vor dem Angebot, das ein Design mitliefert. Wenn die Möglichkeiten der Webgestaltung professionell genutzt wird, ist das etwas ganz anderes, als wenn StuRa-Mitglieder einfach ihre Vorstellungen äußern.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie schlägt vor, offene Fragen zu sammeln.

Johannes Struzek:

Er hat die Frage an Matthias Gothe, was beim Design möglich ist und an Quetscheente, ob Schulungen und eine Dokumentation gemacht werden können.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie hat einige Bedenken, was Martin Michels Kenntnisse des StuRa angeht. Auch wenn er manchmal da ist, die Struktur des StuRa ist mehr als die Projekte. Matthias Gothe kennt den StuRa und dessen Bedürfnisse.

Johannes Struzek:

Die Homepage muss die Strukturen von Arbeitskreisen und Referaten abbilden. In die besonderen Sachen kann sich Martin Michel einarbeiten. Das ist Vertragsbestandteil, wenn das nicht funktioniert, muss das darüber geregelt werden.

Matthias Gothe und Martin Michel betreten wieder den Raum.

Daniel Münch:

Er fragt, inwieweit es Matthias Gothe möglich wäre, ein Design selbst zu entwickeln.

Matthias Gothe:

Er würde das auch selbst machen, möchte aber durch die Beteiligung des Referats für Öffentlichkeitsarbeit die Akzeptanz der Seite erhöhen. Er könnte sich aber auch vorstellen, drei Entwürfe zu machen und dann zu doodlen, welches Design genommen wird.

Stephanie Borck:

Sie fragt, wie lange Matthias Gothe noch an der Uni ist.

Matthias Gothe:

Noch mindestens drei Semester.

Marcus Müller:

Er fragt, ob Matthias Gothe noch für eine begrenzte Zeit als Webmaster tätig wäre.

Matthias Gothe:

Ja, das steht auch im Angebot.

Daniel Münch:

Er fragt, inwieweit Martin Michel Schulungen anbieten würde.

Martin Michel:

Er würde die Website noch längere Zeit technisch betreuen. Er würde auch auf längere Sicht Weiterbildungen anbieten. Er wird noch 3 – 4 Jahre in Jena sein.

Daniel Münch:

Er fragt, ob Martin Michel eine Dokumentation zur Anwendung machen würde.

Martin Michel:

Das macht er sowieso immer, der Quellcode ist kommentiert und Veränderungen werden auch immer dokumentiert.

Die Bewerber verlassen wieder den Raum.

Daniel Münch:

Er fragt nach Meinungen.

Johannes Struzek:

Er hat ein besseres Bauchgefühl beim zweiten Angebot (Martin Michel).

Daniel Münch:

Er sieht es als Pluspunkt für Matthias Gothe, dass er die Strukturen kennt und sich darin bewegt.

Stephanie Borck:

Sie betrachtet Matthias Gothes Idee, die Seite gemeinsam zu gestalten als StuRa-gemäß.

Felix Quittek:

Auch das Kollektiv Quietscheente bietet Gespräche an.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie findet es teilweise ungerecht, bekannte Leute auf Stellen zu setzen. In diesem Fall sieht sie es aber als gerechtfertigt an, weil sie von den Kenntnissen von Matthias Gothe eine bessere Qualität der Seite erhofft.

Mike Niederstraßer:

Er betrachtet die genannten Argumente als Krücken, weil klare Kriterien fehlen. Das benachteiligt neue Leute. Er schlägt vor, in Zukunft schon vor der Ausschreibung etwas mehr Gedanken auf die Zuschlagskriterien zu verwenden. Er versteht das Problem, betrachtet die Kriterien aber als schwierig. Wenn Martin Michel gefragt würde, würde er die Angebote auch machen.

Er findet es auch nicht schlecht, wenn Vorschläge gemacht werden, zu denen man sich dann verhalten kann. So wie er das Gremium kennt, kommt auf offene Fragen oft nur schweigen.

Felix Quittek:

Er empfindet das Angebot von Quietscheente als professioneller, ist aber auch nicht sicher.

Johannes Struzek:

Er beantragt eine **geheime Abstimmung**.

Die Abstimmungskommission besteht aus Carola Wlodarski-Şimşek, Hauke Rehr und Tobias Krone. Abgestimmt wird auf gelben Zetteln.

Abstimmungsergebnis:

Angebot Matthias Gothe: 3 Stimmen

Angebot Kollektiv Quietscheente 5 Stimmen

Damit ist das Angebot des Kollektiv Quietscheente angenommen.

TOP 11 Diskussion und Beschluss: Urabstimmungstext und -kommission (Referat für Inneres)

Christopher Johne:

Er ist der Auffassung, dass der Antrag unzulässig ist, da keine Beschlüsse über den Ablauf einer Urabstimmung gefasst werden können, solange die Urabstimmung selbst noch nicht beschlossen ist. Mit dem Urabstimmungsbeschluss kann alles wieder verändert werden. Er stellt den **GO-Antrag, dass das Gremium die Unzulässigkeit des Antrages feststellt**.

Daniel Münch:

Er führt eine **Gegenrede**. Die Satzung erzwingt nicht, dass Text und Urabstimmung zusammen beschlossen werden. Ja, der Text kann wieder gekippt werden. Aber das ist besser, als im Falle einer Urabstimmung gar nichts vorbereitet zu haben.

Abstimmung über die Unzulässigkeit des Antrags: 3 / 4 / 1 – abgelehnt

Daniel Münch:

Er führt in den TOP ein. Die Uni zahlt Briefwahlen nur, wenn wir parallel über die Satzungsänderung, die eine Online-Wahl ermöglichen würde, urabstimmen. Die Uni-Zeitpläne stimmen aber nicht mit unseren überein. Sie möchten jetzt die Zettel drucken und in die Briefe tun. Um der Uni die Möglichkeit zu geben, die Zettel zu drucken und die Wahl vorzubereiten, sollten wir den Urabstimmungstext heute beschließen. Im ungünstigsten Fall würden 21.000 Studierende einen Zettel bekommen, der direkt im Müll landet.

Stephanie Borck:

Sie ergänzt ihren Änderungsantrag: Es müssen unter ihrer Frage „Ja“ und „Nein“ ergänzt werden.

Johannes Struzek:

Er fragt sich, wieso die Zettel jetzt schon gedruckt werden müssen. Wir können die Zettel über Nacht drucken und in der Nacht, bevor sie eingepackt werden, damit anfangen. Das geht ganz schnell. Er fragt sich, wieso die Uni dafür Wochen braucht. Er geht davon, dass der Uni das so besser in ihren Betriebsablauf passt, aber wir können ja alles selbst machen.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie übernimmt die Argumentation von Mike Niederstraßer. Da wir den Text sowieso beschließen müssen, bevor wir die Urabstimmung beschließen, können wir das auch heute tun. Der Uni vertraut sie auch nicht so richtig und möchte Gewissheit haben.

Mike Niederstraßer:

Wir können sowieso nicht erst innerhalb der vier Wochen Frist entscheiden, weil es sich ja um eine Briefwahl handeln soll. Der frühe Beschluss eröffnete die Möglichkeit, dass sich die Urabstimmungskommission wirklich mal über Werbemaßnahmen Gedanken machen könnte, um das Quorum zu erreichen.

Er schlägt außerdem vor, dass das Innenreferat ein_e Leiter_in der Urabstimmungskommission benennt. Das entspricht der Satzung. Er weist außerdem darauf hin, dass ein dritter Sachverhalt zur Abstimmung dazu kommen kann, nämlich das Semesterticket.

Daniel Münch:

Er möchte für das Innenreferat jetzt kein_e Leiter_in festlegen, sondern erst Rücksprache halten.

Stephanie Borck:

Sie fragt, wer die Drucksachen bezahlen wird.

Daniel Münch:

Er geht davon aus, dass das die Uni tun wird.

Christopher Johne:

Er geht ebenfalls davon aus, dass die Uni die Kosten für die Online-Wahl-Urabstimmung tragen wird. Die anderen Kosten werden wir selbst tragen müssen, Zettel selbst schneiden usw.

Zur Frage des Semestertickets geht er davon aus, dass die Abstimmung Zeit bis November hat. Er würde nicht drei Urabstimmungen gleichzeitig machen. Er könnte sich höchstens vorstellen, erst über das Jenah-Ticket und dann später zum VMT-Ticket urabzustimmen.

Stephanie Borck:

Sie findet es ganz gut, dass die Studierenden ihre – oft nicht als so wichtig empfundene – Wahlentscheidung mit einer Urabstimmung verbinden können. Das könnte die Wahlmotivation erhöhen.

Johannes Struzek:

Er geht davon aus, dass die Versendung des ersten Wahl- bzw. Urabstimmungsbriefs für die Wahrung der Vierwochenfrist ausreicht. Selbst wenn zu einem späteren Zeitpunkt über den Text abgestimmt wird, kann die Abstimmung immer noch innerhalb von vier Wochen nach Beschluss starten. Insofern ist es nicht egal, ob heute oder in einigen Wochen der Text beschlossen wird.

Christopher Johne:

Er findet den Urabstimmungstext zu schwammig. Es sollte noch darauf Bezug genommen werden, dass §14 der Satzung geändert wird.

Mike Niederstraßer:

Er würde sich am Vorgehen bei Bürger_innenentscheiden orientieren. Dort steht meist „Ich stimme Entwurf XY zu.“ Der konkrete Text hängt aus und wird zusätzlich zur Kenntnis gegeben. Er betrachtet es als nicht hilfreich, so viele Informationen wie möglich auf den Abstimmungszettel zu bringen.

Er schlägt vor, dass mensch „vorgelegte Änderung“ in den Antragstext einfügen könnte.

Christopher Johne:

Er stellt den **Änderungsantrag**, das Wort „einer“ durch „der vorgelegten“ zu ersetzen.

Hauke Rehr:

Er würde die Urabstimmungen zusammenfassen. Im Zeitverlauf wird die Beteiligung abnehmen und außerdem sieht er die Urabstimmungen auch als zusätzlichen Wahlreiz.

Johannes Struzek:

Die Zivilklausel ist kein zwingender Gegenstand einer Urabstimmung. Das wäre in diesem Fall also nur eine Umfrage unter 10% der Studierendenschaft. Der Text ist außerdem unpräzise.

Stephanie Borck:

Sie betrachte es als großen Aufwand, noch zusätzlich eine Umfrage unter 10% der Studierendenschaft durchzuführen. Die politische Wirkung, dem Rektor als Resultat einer Urabstimmung zu sagen, 10% der Studis wollen eine Zivilklausel, hat ganz anderes Gewicht als irgendeine Umfrage. Außerdem würde sie es als Arbeitsanweisung an die Senatoren betrachten, sich für dieses Thema einzusetzen.

Christopher Johne:

Er würde die Annahme der Zivilklausel durch die Studierendenschaft auch so verstehen. Allerdings stellt sich die Frage nach den Kosten. Wir müssen dreimal 21.000 A6-Zettel drucken. Wie sollen diese Kosten verbucht werden?

Johannes Struzek:

Er sieht einen Kostenaufwand von 300 – 400 Euro für die Urabstimmungen insgesamt. Das ist verträglich.

Mike Niederstraßer:

Er würde eine Entscheidung nicht an den Kosten für die Drucke festmachen. Er nimmt ohnehin an, dass die Kosten für die Werbung deutlich höher wären. Eine Urabstimmung würde außerdem auch die Fachschaften binden. Das könnte politisch einige Bedeutung haben.

Abstimmung über den Antrag:

„Ich stimme einer Änderung der Satzung und Ergänzungsordnungen zur Einführung von Onlinewahlen zu.“

Änderungsantrag von Christopher Johne:

„Das Wort „einer“ wird ersetzt durch „der vorgelegten“

6 / 0 / 2 – angenommen

Änderungsantrag von Stephanie Borck:

Im Falle einer Urabstimmung wird folgender Text ebenfalls zur Abstimmung gestellt: „Ich bin für die Einführung einer Zivilklausel in der Grundordnung der FSU.“

6 / 0 / 2 – angenommen

Abstimmung über den geänderten Gesamtantrag: 6 / 0 / 2 – angenommen

TOP 12 Berichte

Christopher Johne:

Er berichtet, dass der Vorstand eine aktuelle Liste zur Beschlusskontrolle angefertigt hat. Noch nicht erledigt ist die Umsetzung folgender Beschlüsse:

- Ausstieg aus sozialen Netzwerken: Das Int.Ro ist noch immer bei Facebook
- Aufwandsentschädigung Vorstand: Der rechtliche Rahmen ist noch immer nicht geklärt.
- Kostenübernahme Musterverfahren gegen Anwesenheitspflicht: Mike Niederstraßer informiert, dass es keine Kläger_innen gibt.
- Umsetzung Eingruppierung der Geschäftsleitung: Es gibt noch keine Antwort aus dem TMBWK.
- Der Haushalt 2012 ist noch nicht veröffentlicht.
- Die beschlossene Änderung der Beitragsordnung ist noch nicht durch den Rektor genehmigt.
- Die beschlossenen Änderungen der Ordnungen bzgl. Urabstimmungen sind noch nicht genehmigt. Das Innenreferat könnte Details noch nicht klären. Die Gespräche mit dem Rechtsamt sind aber abgeschlossen, eine Änderungsordnung liegt vor.
- Der beschlossene Normenkontrollantrag bzgl. der Wahlordnung der FSU läuft.
- Noch ausgeschrieben sind die Stellen des Lektorats des Akrützels sowie die Musikredaktion von Campusradio.
- Der Honorarvertrag für die Sozialberatung wartet noch auf die letzte Unterschrift.

Mike Niederstraßer:

Er weist auf weitere Beschlüsse von Ende September 2011 hin. Seiner Meinung nach nicht erledigt sind:

1. Stichprobenartige Überprüfung der Einhaltung von Förderbestimmungen
2. Regelungen von §§ 14 und 14a sollen im Hinblick auf Auswirkungen auf die Fachschaften prüfen

Matthias Gothe:

Er war beim Mobi-Treffen für Gegenveranstaltungen gegen den Nazi-Aufmarsch zum 1. Mai in Weimar. Das Bündnis Gera gegen Rechts ruft zu Reisen nach Weimar auf, Treffpunkt ist um 08.00 Uhr. Weiteres wird er per Mail verschicken.

Christopher Johne:

Er berichtet von der Senatssitzung. Im nichtöffentlichen Teil wurde über eine Berufungsliste abgestimmt sowie über den Stand laufender Berufungsverfahren berichtet.

Der Rektor hat berichtet, dass die FSU aufgefordert wurde, der deutsch-französischen Hochschule beizutreten. Der Kanzler spielt Streichszenarien durch um Geld zu sparen. Zum Inselplatz wurde erklärt, dass die Teilbibliothek Naturwissenschaften dort hinziehen soll. Unklar ist, ob eine reine Uni-Bebauung oder Mischbebauung mit „studierendennahen Dienstleistungen“ erfolgen wird. Auch das Rechenzentrum soll dort hinziehen. Falls die Uni alleinige Flächeninhaberin sein wird, werden neben den Fachbereichen Mathematik und Informatik auch die Geowissenschaften oder die Psychologie dort hinziehen. Die Uni bereitet eine Evaluationsordnung vor. Die Studierenden haben vorgeschlagen, die Fachschaftsräte mehr einzubeziehen. Der nächste Bologna-Tag soll im Winter stattfinden, da aktuell die Kapazitäten fehlen. Die Uni denkt über eine neue Homepage nach.

Später wurde über den Haushalt der Uni geredet und mit Enthaltung der Studierenden beschlossen. Christopher Johne hat gefragt, wie die Vollzeitstudierendenäquivalente in Mehrfach- sowie Lehramtsstudiengängen auf die Fakultäten verteilt werden. Zum Lehramt konnte keine Aussage getroffen werden. Hilfskraft- und Tutorenmittel werden eingespart. Der Hinweis, dass für fertige BA eher mehr Geld notwendig ist, wurde von verschiedenen Professoren positiv zu Kenntnis genommen, spielt im Haushalt jedoch keine Rolle. Die Zulassungssatzung wurde ohne stichhaltige Berechnungsgrundlage beschlossen, gegen die Stimmen aller studentischen Senatsmitglieder. Die Uni hat eine Satzung zur Teilnahme am Dialogorientierten Serviceverfahren beschlossen. Zudem gab es eine Änderung der Gebührenordnung: Eine Immatrikulationslöschungsgebühr wurde eingeführt, Mitglieder der Referatsleitungen bzw. der HHV können künftig Gremiensemester bei den Langzeitstudiengebühren geltend machen. Das ASPA wurde dienstrechtlich dem Dezernat 1 unterstellt.

Mike Niederstraßer:

Er ergänzt, dass durch die Umordnung des ASPA Urlaubsvertretungen möglich werden sollen und Frau Schmitt-Rodermund Umorganisationen vornehmen will.

Die Studierenden im Senat hatte Anmerkungen zur Gebührenordnung. Die Löschungsgebühr scheint nicht rechtmäßig zu sein, da sie auf eine Verhaltensänderung gerichtet ist.

Die Kapazitätsberechnung war nicht nachzuvollziehen, die vorgelegten Zahlen unglaubwürdig bzw. nicht aussagekräftig. Zudem wurde die Sporteignungsprüfung diskutiert, diese schien mit Verwaltungsrecht ebenfalls nicht vereinbar.

Daniel Münch:

Er hatte die Frage, wie die Lehramter in die Kapazitätsberechnung bei der Erziehungswissenschaft eingehen.

Christopher Johne:

Er antwortet, dass der Kanzler das nicht beantworten konnte.

Die Sitzungsleitung schließt die Sitzung um 00.09 Uhr.

Weitere Tagesordnungspunkte können aufgrund des Ablaufs der Sitzungszeit nicht mehr behandelt werden.

TOP 13 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

vorläufige Tagesordnung:

- TOP 1 1. Lesung: Satzungsänderung Ämter zur Hälfte mit Frauen besetzen (Mike Niederstraßer)
- TOP 2 Diskussion und Beschluss: regelmäßige Anpassungen der Gehaltszahlungen an Inflation / Tarifsteigerungen (Mike Niederstraßer)
- TOP 3 FA-006-2012: Filmfestival Cellu l'art (Robert Wagner)
- TOP 4 Diskussion und Beschluss: Dschungelbuch 2012/13 (Vorstand)
- TOP 5 Diskussion und Beschluss: Mediationsangebot durch den StuRa (Michael Wutzler)
- TOP 6 M-011-2012: Broschürendruck Zivilklausel (Referat für Hochschulpolitik)
- TOP 7 Wahl: Referent_in für Informationstechnologie (Vorstand)
- TOP 8 Diskussion und Beschluss: Stellung des StuRa zum fzs (Mike Niederstraßer)
- TOP 9 2. Lesung und Beschluss: Antrag auf Fördermitgliedschaft im Kunsthof Jena e. V. (Carola Wlodarski-Şimşek)
- TOP 10 Diskussion und Beschluss: Auswahl Angebot für Homepage (Vorstand)
- TOP 11 Diskussion und Beschluss: Urabstimmungstext und -kommission (Referat für Inneres)
- TOP 12 Berichte
- TOP 13 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
- TOP 14 FA-007-2012: Patronatsfest der katholischen Studentengemeinde (Anne Piatkowiak)
- TOP 15 FA-009-2012: Bands Privat (Med-Club)
- TOP 16 FA-011-2012: Festivalul de DANS (Franziska Theune-Hobbs)
- TOP 17 FA-012-2012: Druckkosten Werbemittel Gesprächskonzertreihe (Collegium Europaeum Jenense)
- TOP 18 Bestätigung Referatsleitung (Int.Ro)
- TOP 19 Diskussion und Beschluss: Neuveröffentlichung der Geschäftsordnung (Christopher Johne)
- TOP 20 Diskussion und Beschluss: Jahresabschluss 2011 (Haushaltsverantwortlicher)
- TOP 21 Diskussion und Beschluss: Semesterticket VMT (Vorstand)
- TOP 22 Sonstiges

wegen Ablaufs der Sitzungszeit nicht behandelt

TOP 14 FA-007-2012: Patronatsfest der katholischen Studentengemeinde (Anne Piatkowiak)

wegen Ablaufs der Sitzungszeit nicht behandelt

TOP 15 FA-009-2012: Bands Privat (Med-Club)

wegen Ablaufs der Sitzungszeit nicht behandelt

TOP 16 FA-011-2012: Festivalul de DANS (Franziska Theune-Hobbs)

wegen Ablaufs der Sitzungszeit nicht behandelt

**TOP 17 FA-012-2012: Druckkosten Werbemittel Gesprächskonzertreihe
(Collegium Europaeum Jenense)**

wegen Ablaufs der Sitzungszeit nicht behandelt

TOP 18 Bestätigung Referatsleitung (Int.Ro)

wegen Ablaufs der Sitzungszeit nicht behandelt

**TOP 19 Diskussion und Beschluss: Neuveröffentlichung der Geschäftsordnung
(Christopher Johne)**

wegen Ablaufs der Sitzungszeit nicht behandelt

TOP 20 Diskussion und Beschluss: Jahresabschluss 2011 (Haushaltsverantwortlicher)

wegen Ablaufs der Sitzungszeit nicht behandelt

TOP 21 Diskussion und Beschluss: Semesterticket VMT (Vorstand)

wegen Ablaufs der Sitzungszeit nicht behandelt

Protokollantinnen

Sitzungsleitung